

Rudersberger Bürger

1.	Wir fordern den Beitritt zum Europäischen Bodenbündnis European Land and Soil Alliance (kurz ELSA) mit dem zentralen Ziel: Schutz des Bodens auf kommunaler Ebene und Stärkung des Bodenbewusstseins in Politik und Bevölkerung.	Die Verwaltung wird im 1. Halbjahr 2023 eine Sitzungsvorlage zur Entscheidung über den Punkt erstellen.	Zustimmung.
2.	Wir fordern unsere Gemeinde dazu auf, den Flächenverbrauch drastisch zu reduzieren und nicht so lange zu warten, bis die Landesregierung einen Flächenentwicklungsplan zur Neuregelung des Flächenverbrauchs erarbeitet hat.	Der Gemeinderat entscheidet im Einzelfall über die Entwicklung von neuen Baugebieten und damit auch über den Flächenverbrauch. Durch die Bewilligung von Fördermitteln im Programm "Flächen gewinnen durch Innenentwicklung" werden derzeit Potenziale zur Innenentwicklung erhoben.	Zustimmung.
3.	Nachhaltiges Bodenmanagement muss die neue Normalität sein. Dazu gehört eine Bestandsaufnahme der Leerstände und einen Plan, vorhandene Immobilien besser zu nutzen.	Als Basis müsste ein umfassendes Leerstandskataster durch ein externes Büro neu erstellt werden. Sofern der Wunsch besteht, kann die Verwaltung Angebote einholen und diese dem Gemeinderat zur Entscheidung vorlegen.	Angebote sollen eingeholt werden.
4.	Wir fordern, dass die Gemeinde Maßnahmen ergreift für ein zukunftsfähiges Wohnraummanagement. Dazu ist es notwendig, z.B. Menschen zu beraten, wie sie ihre Häuser umbauen können oder ihnen Hilfe beim Umzug anbieten. Dafür möchten wir im ersten Abschnitt 2023 10.000€ im Haushalt einplanen.	Die Energieagentur des Rems-Murr-Kreises bietet entsprechende Beratungen, insbesondere mit Blick auf energetische Sanierungen, an. Für eine umfassende Beratung durch die Gemeindeverwaltung wären personelle Kapazitäten notwendig; aktuell mit dem vorhandenen Personal nicht leistbar.	Weiteres Vorgehen von Ergebnissen des Leerstandskatasters abhängig machen.
5.	In der Gemeinde schlummert eine große Leerstandreserve. Was wäre es für ein dauerhafter Gewinn, wenn dieser Wohnraum auch dauerhaft zur Verfügung stünde? Hierfür sollten wir werben. Um den Eigentümern maximale Sicherheit zu geben, könnte eine Anmietung durch die Gemeinde ausgeweitet werden.	Für die Flüchtlings- und/oder Obdachlosenunterbringung können weitere Anmietungen durch die Gemeinde erfolgen; ein darüber hinaus gehendes Engagement der Gemeinde wäre dauerhaft personal- und wohl auch kostenintensiv.	Zustimmung.
6.	Sollten je weitere Neubaugebiete erschlossen werden, plädieren wir für eine Einwohnerdichte pro Hektar, die im oberen Drittel des Landesdurchschnitts liegt. Hier fordern wir von der Verwaltung, dass diese Zahlen für die Gemeinde Rudersberg erhoben werden.	Die Verwaltung wird die Zahlen erheben und dem Gemeinderat im Laufe des Jahres vorstellen. Im übrigen macht der Verband Region Stuttgart im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange diesbezügliche (Mindest)Vorgaben im Zusammenhang mit neuen Bebauungsplänen.	Zustimmung.
7.	Zukünftige Baugebiete sollten, sofern sie im Einfluss der Gemeinde stehen, den Nachhaltigkeitskriterien entsprechen. Das bedeutet maximale Nullenergiestandards, nachwachsende Baustoffe wie Holz, Zisternen und Sonnenkollektoren. Baugebiete sollten nach dem Quartiergedanken geplant werden.	siehe Ziffer 2: Entscheidung im Einzelfall (Bebauungsplan).	Zustimmung.

Rudersberger Bürger

8.	Bei der Gestaltung der Gärten müssen die Bauvorschriften mit einheimischer Bepflanzung durchgesetzt werden.	Eine flächendeckende Überwachung ist mit einem großen Personalaufwand für die Verwaltung verbunden. Die Zuständigkeit für den Vollzug liegt beim Landratsamt. Dieses benötigt nach eigener Auskunft eine entsprechende Dokumentation um tätig zu werden. Aus Sicht der Verwaltung kann eine gezielte Begehung in Bestandsgebieten nur nach entsprechenden Hinweisen erfolgen. Im Bereich von Neubaugebieten können Bauherren durch die Verwaltung, z.B. durch Ausgabe entsprechender Merkblätter noch besser für die verbindliche Umsetzung von Pflanzgeboten sensibilisiert werden.	Überzeugungsarbeit leisten; Infos über Büttel. Merkblätter an Bauherren. Landschafts- und Gartenbaufirmen sensibilisieren. Info-Schreiben und/oder persönliche Kontakte zu Eigentümern von Häusern in neueren Baugebieten u.a.m. Infos einholen, wie Landratsamt mit Verstößen umgeht
9.	Bei der Photovoltaikförderung sollte gezielt Geld für Balkonpaneelen eingesetzt werden, so dass auch Bürgerinnen und Bürger in Mietswohnungen oder mit geringerem Einkommen davon profitieren können.	Haushaltsplan 2023 sieht Aufstockung des Budgets um 10.000 EUR vor; Richtlinien sollen diesbezüglich ergänzt werden.	Zustimmung.
10.	Ein weiterer Schritt in Richtung Klimaschutz könnte die Einführung einer Klimaspende für gemeinnützige Klimaschutzprojekte vor Ort sein.	Idee, die dahinter steckt: Mit der Rudersberger Klimaspende haben Privatpersonen und Unternehmen die Möglichkeit, die Umsetzung von gemeinnützigen Klimaschutzprojekten vor Ort zu fördern. Die Klimaspende verbindet Investitionen in den Klimaschutz mit sozialem Handeln. Alle Spenden werden für gemeinnützige Zwecke eingesetzt und für Projekte, die sonst gar nicht oder sehr viel später realisiert würden. Davon können Kinder, Jugendliche und Senioren genauso profitieren wie die Vereins- und Kulturlandschaft. Stellungnahme der Verwaltung: Die Verwaltung erarbeitet einen Vorschlag zur Umsetzung des Projekts "Klimaspende für gemeinnützige Klimaschutzprojekte in Rudersberg". Für Maßnahmen zur Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und der Naturschutzgesetze der Länder, des Umweltschutzes einschließlich des Klimaschutzes (§52 Abs. 2 Ziffer 8 Abgabenordnung) können von der Gemeinde Spendenbescheinigungen erstellt werden.	Zustimmung. Richtlinien erarbeiten, für welche Maßnahmen Gelder eingesetzt werden sollen.

Rudersberger Bürger

11.	Bereits 2015 wurde in BW der Biotopverbund im Landesnaturschutzgesetz verankert. Leider wird dieser oft nur zögerlich umgesetzt. Mähwiesen sind hier sehr wichtige Elemente. Ebenso Feldwege, die oft in landwirtschaftlichen Flächen untergehen, könnten wichtige Trittsteine für die Artenvielfalt darstellen. Über angemessene Entschädigungen der Landwirte muss verhandelt werden.	Der Gemeinderat hat die Erstellung einer Biotopverbundplanung für die Gemeinde beschlossen. Diese wird derzeit fertig - und im Lauf des Jahres dem Gemeinderat vorgestellt. Ein Schwerpunkt der Maßnahmenvorschläge sollen auch Mähwiesen bzw. generell Wiesenflächen und Feldwege sein. Diese sollen künftig als Biotopvernetzungsflächen dienen. Hinsichtlich der Bewirtschaftung der angrenzenden Flächen wird nach Priorisierung der Maßnahmen mit den betroffenen Landwirten Kontakt aufgenommen. Parallel hierzu wird für die gemeindeeigenen Flächen derzeit ein Pflegekonzept erarbeitet, welches einer naturnahen, nachhaltigen und ökologisch sowie dadurch auch ökonomischen Bewirtschaftung/Pflege Rechnung tragen soll. Auch dieses wird nach Fertigstellung dem Gemeinderat vorgestellt.	Zustimmung.
12.	Weiterhin ist es notwendig; den Biotopverbund bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zu berücksichtigen. Wir fordern diesbezüglich, die Wanderausstellung „Blühende Heuwiesen – Landwirtschaft für den Naturschutz“ im Rudersberger Rathaus zu zeigen.	Zustimmung zur Durchführung der Wanderausstellung. Link und Ansprechpartner Wanderausstellung "Blühende Heuwiesen" https://www.bund-bawue.de/natur-landwirtschaft/naturschutz/bluehende-heuwiesen/wanderausstellung-bluehende-heuwiesen/	Zustimmung.
13.	Wir sprechen uns für ein grundsätzliches Verbot von Feuerwerken in der Gemeinde aus sowie an Silvester mindestens für eine Einschränkung, wo Feuerwerke gezündet werden dürfen, z.B. nicht im Außenbereich.	Aufgrund einer bundesgesetzlichen Regelung ist ein grundsätzliches Verbot durch die Gemeinde nicht möglich. Für ein generelles Verbot für das Abbrennen zum Beispiel im Außenbereich an Silvester als auch für gewerbliche Anbieter gibt es keine Ermächtigungsgrundlage. Denkbar wäre, dass Ausnahmegenehmigungen für Nichtgewerbliche außerhalb von Silvester zukünftig nicht mehr erteilt werden. Über das Jahr könnten dann nur noch gewerbliche Pyrotechniker Feuerwerk abbrennen. Für weitere Verbote fehlen aber entweder die rechtlichen Möglichkeiten oder die tatsächliche Möglichkeit der Überwachung.	Sitzungsvorlage für Gemeinderat wird vorbereitet. Ziel: Keine Genehmigung mehr für private Feuerwerke. Verbotszonen für Silvester werden geprüft.
14.	Auch auf kommunaler Ebene sollten wir eine gewisse Vorsorge für Krisensituationen treffen. Lieber Geld investieren in die Anschaffung von z.B. mehreren großen Notstromaggregaten, anstatt einen Aussichtsturm zu bauen.	In den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung sowie Feuerwehr/Rathaus sehen die Wirtschaftspläne bzw. der Haushaltsplan entsprechende Mittel für Notstromaggregate vor. Das Projekt Aussichtsturm wird in einer der kommenden Sitzungen im Gremium vorgestellt werden.	Zustimmung.

Rudersberger Bürger

15.	In Bezug auf Sicherheit geben wir der Verwaltung an die Hand, sich über die Einführung eines Arbeitsschutz-managements am Arbeitsplatz Gedanken zu machen.	Es gibt bereits ein Arbeitsschutzmanagement. Dieses wurde zuletzt in 2022 bei einer Allgemeinen Betriebsprüfung des Arbeitsschutzmanagements durch die UKBW überprüft. Dabei wurden durch die Prüfer keine Beanstandungen festgestellt. Die Gemeinde sei nach damaliger Aussage des Prüfers gut aufgestellt. Die Gemeinde wurde für die Prüfung stichprobenartig von der UKBW ausgewählt. Im Rahmen des Arbeitsschutzmanagements finden jährliche Unterweisungen durch die Bereichsverantwortlichen statt. Die Gemeinde beschäftigt einen externen Arbeitssicherheitsingenieur und es finden regelmäßig Sitzungen des Arbeitssicherheitsausschusses mit Bürgermeister, Amtsleiter und allen Bereichsverantwortlichen statt. Dort werden anstehende Gefährdungsbeurteilungen und Mängel besprochen und priorisiert. Aktuell stehen z.B. Maßnahmen im Bereich der Kindertageseinrichtungen, der Kläranlage und des Bauhofs an.	Zustimmung
16.	Für eine optimale Sprachbildung und Beobachtung ist es sehr wichtig, die verschiedenen Aspekte der Förderung in einen pädagogischen Handlungsrahmen einzubinden und festzuhalten. Eine ausgebildete Sprachförderkraft im Elementarbereich kennt die konkreten Unterstützungsmöglichkeiten bei Sprachauffälligkeiten. Für diese Aufgaben sind jedoch Zeit, Fortbildungsmöglichkeiten und Unterstützung notwendig. Die Verwaltung wird hierzu aufgefordert, Ideen und Vorschläge in der zweiten Jahreshälfte von 2023 dem Gemeinderat vorzustellen.	siehe auch Ziffer 5 CDU. Zustimmung - Die Verwaltung begrüßt die Bereitschaft zur weiteren Ausweitung der Sprachförderung sehr. Die bestehende Sprachförderkonzeption wird ausgeweitet und im 2. Halbjahr dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt. Erste Priorität hat dabei die direkte Förderung/Zeit für die Kinder.	Zustimmung.
17.	Mögliche digitale Angebote der Gemeinde könnten zukünftig z.B. die Einführung einer elektronischen Akte (eAkte) in der Gemeindeverwaltung oder die Verknüpfung von Bibliotheken auf kommunaler, kirchlicher und schulischer Ebene im Zusammenhang mit digitalen Geräten sein.	siehe auch Ziffer 4 Freie Wähler. Die Gemeinde hat im Frühjahr 2022 hausintern als ersten Schritt auf dem Weg zur E-Akte ein digitales Dokumentenmanagementsystem eingeführt und arbeitet soweit es die gesetzlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zulassen an der weiteren Digitalisierung . Seit zwei Jahren läuft die Umsetzung des Onlinezugangsgesetz (OZG), erste Leistungen sind hier umgesetzt. Der Prozess wird insbesondere durch die Rahmenbedingungen beim kommunalen Rechenzentrum noch sehr gebremst. Der aktuelle Statusbericht liegt als <u>nichtöffentliche Anlage</u> bei.	Zustimmung.
18.	In Anbetracht der enormen Investitionen, die vor uns liegen, muss jede davon auf ihre Kosten hin geprüft werden. Dazu gehört ebenso eine Ausweitung des Stellenplanes zu betrachten.	Die Verwaltung begrüßt es grundsätzlich, dass eine angemessene Personalausstattung zur Verfügung gestellt werden soll. Im Rahmen der Umsetzung der anstehenden Großprojekte wird die Verwaltung prüfen, ob der Aufbau eines internen Kostencontrollings oder die projektbezogene Vergabe, z.B. an einen Generalunternehmer die wirtschaftlichere Variante ist.	Zustimmung.

Rudersberger Bürger

19.	Trotz relativ guter Startposition für den Haushalt 2023, bedingt durch ein gutes Ergebnis 2022, wird unsere Pro Kopf Verschuldung in Rudersberg bis zum 31.12.2023 auf ca. 2200 € steigen. Bei der gesamten Bewertung unserer Haushaltssituation sollten wir das immer vor Augen haben.	Eine Übersicht mit der möglichen Entwicklung der Verschuldung bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums ist als <u>Anlage</u> beigefügt. Diese wird in der Sitzung am 14.01.2023 im Gremium vorgestellt.	Kenntnisnahme.
-----	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------

Freie Wähler

1.	Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, vor allem für junge Familien mit Kindern	Durch die Entwicklung von Baugebieten und durch innerörtliche Entwicklungsprojekte unterstützt die Gemeinde bei der Bereitstellung von neuen Wohnungen. Durch altersgerechten Geschosswohnungsbau kann auch eine "Wiederbelebung" bestehender Wohngebiete insb. durch junge Familien erfolgen. Was bezahlbaren Wohnraum anbelangt, wurden mit den beiden Projekten im Bronnwiesenweg entsprechende Wohnbauvorhaben angestoßen.	Zustimmung.
2.	Versorgung sowie Unterbringung und Betreuungsplätze für Seniorinnen und Senioren; Einfluss zur baldigen Realisierung geltend machen, damit sich die Situation entspannt.	Beim Neubau des Alexanderstifts sowie bei der Folgenutzung des Bestandsgebäudes setzt sich die Verwaltung für eine rasche Realisierung ein. Neuen Vorhaben steht die Verwaltung aufgeschlossen gegenüber, selbstverständlich auch in Teilorten.	Zustimmung.
3.	Anerkennung der Leistungen Ehrenamtlicher durch eine verbesserte Anerkennungskultur.	Die Verwaltung plant im laufenden Jahr 2023 wieder die Durchführung eines Ehrenamtsfests.	Zustimmung.
4.	Fortsetzung des Engagements im Bereich Digitalisierung. Bei einer Forcierung und strategischen Umsetzung würden wir unter Umständen sogar einer personellen Aufrüstung zustimmen.	siehe auch Ziffer 17 Rudersberger Bürger; Die Gemeinde hat im Frühjahr 2022 hausintern als ersten Schritt auf dem Weg zur E-Akte ein digitales Dokumentenmanagementsystem eingeführt und arbeitet soweit es die gesetzlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zulassen an der weiteren Digitalisierung . Seit zwei Jahren läuft die Umsetzung des Onlinezugangsgesetz (OZG), erste Leistungen sind hier umgesetzt. Der Prozess wird insbesondere durch die Rahmenbedingungen beim kommunalen Rechenzentrum noch sehr gebremst. Der aktuelle Statusbericht liegt als <u>nichtöffentliche Anlage</u> bei.	Zustimmung.
5.	Die begonnenen Klimaschutzaktivitäten systematisch weiter betreiben und zusätzlich in unserer Gemeinde unterstützen. Gezieltes Vorgehen.	Zur Fortsetzung der begonnenen Klimaschutzaktivitäten wurden Förderanträge für 2 entsprechende Stellen gestellt. Eine Förderzusage wird im 1. Halbjahr erwartet. Anschließend zeitnahe Ausschreibung der beiden Stellen.	Zustimmung.
6.	In den Bereichen Erneuerbare Energien wären vor allem die Bestandsgebäude der Gemeinde entsprechend anzupassen.	Anlässlich der Beratungen zum Stellenplan 2023 wurde ausgeführt, dass eine Stellenausschreibung vorgesehen ist, um im Bereich der Gebäudeunterhaltung zusätzliches Personal zu gewinnen.	Zustimmung.
7.	Auch über eine Ausweitung von eigenen Programmen und Unterstützung unserer heimischen Bevölkerung ist nachzudenken.	Entsprechende Fördermittel stehen im Rahmen der Ortskernsanierungen Rudersberg und Schlechtbach für Gebäudemodernisierungen von Privaten zur Verfügung. Beratend bzgl. Akquirierung von Fördermitteln steht auch die Energieagentur des Rems-Murr-Kreises parat. Auch die Förderung von PV-Anlagen stellt eine Förderung durch die Gemeinde dar. Weitere kommunale Förderprogramme sind derzeit nicht vorgesehen.	Zustimmung.

Freie Wähler

8.	Aufnahme der ukrainischen Flüchtlinge; ...ist zumindest partiell davon auszugehen, dass viele Menschen länger bleiben. Dafür werden entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen, damit auch eine anhaltende Integration gelingen wird. Finanzielle Mittel werden dafür notwendig sein.	Zustimmung.	Zustimmung.
----	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------	-------------

CDU-Fraktion

1.	Neues Feuerwehrhaus für Rudersberg mit dem erforderlichen Raum, um sich entwickeln zu können.darf die Hauptwache infrastrukturell nicht auf Kante genäht sein, sondern muss mit Weitblick und dem nötigen Entwicklungspotenzial für die nachfolgenden Generationen gestaltet werden.	Zustimmung.	Zustimmung.
2.	Technikraum des Schulzentrums: unabhängig von der ausstehenden Sanierungsförderungszusage die elektrische Sicherheit zu prüfen und ggfls. kurzfristig bzw. provisorisch zu verbessern.	Zustimmung.	Zustimmung.
3.	Kleinschwimmbecken in Rudersberg: Wir regen eine Alternative zur Ersatzbeschaffung dieses Hubbodens an und fragen, ob es aus ökologischer Perspektive sinnvoll wäre, das Becken auf eine gemeinsame Kompromisshöhe fest auszugießen, wie dies bei Schwimmbecken im Umkreis bereits erfolgt ist!	Zustimmung. Verwaltung führt entsprechende Prüfung durch.	Zustimmung.
4.	Herausforderung Klimawandel: Gestaltungsspielraum sehen wir in der sukzessiven Begrünung und Verschattung der Ortsdurchfahrt von Rudersberg.	Vorschlag soll im Rahmen der Klimawandelanpassungsmaßnahmen umgesetzt werden.	Zustimmung.
5.	Sprachförderung: Angesichts eines Sprachförderbedarf von tlw. über 75 % sehen hier dringenden Handlungsbedarf. Das Zugeständnis der Verwaltung beim letzten Beschluss zum Thema Sprachförderung, an dieser Stelle „ggfls. nachzusteuern“, ist aus Sicht unserer Fraktion noch zu ergebnisoffen. Es muss eine Gegenoffensive gestartet werden. Integration beginnt mit Verständigung, folglich dem Sprechen und Verstehen unserer deutschen Sprache.	siehe auch Ziffer 16 Rudersberger Bürger. Zustimmung - Die Verwaltung begrüßt die Bereitschaft zur weiteren Ausweitung der Sprachförderung sehr. Die bestehende Sprachförderkonzeption wird ausgeweitet und im 2. Halbjahr dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt. Erste Priorität hat dabei die direkte Förderung/Zeit für die Kinder.	Zustimmung.
6.	Das kreisweite Konzept zur Legalisierung der Mountainbike-Trails wird in 2023 in Rudersberg ausgerollt. Die vorbereitenden Aktivitäten sind weitgehend abgeschlossen, der Kreis befindet sich in der Prüfung des gemeldeten Bestandes. Wir stellen den Antrag, finanzielle Mittel in Höhe von 7,5T € in den Haushalt einzustellen, um ggfls. handlungsfähig zu sein und das ehrenamtliche Team zeitnah unterstützen zu können.	Die Gemeinde unterstützt die Legalisierung ausgewählter Trails in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt. Ggf. benötigte Mittel mit bis zu 7.500 EUR können im Rahmen von Mittelumrichtungen im Haushalt 2023 zur Verfügung gestellt werden.	Zustimmung.
7.	Letztes Jahr hatten wir die Aufwertung der bestehenden Homepage www.rudersberg-aktiv.de durch die vielfältigen Naherholungsangebote von Rudersberg angeregt. Es wäre erstrebenswert, bestehende Angebote wie z.B. Kleinschwimmbecken, Freibäder, Bikepark sowie die entstehenden MTB-Trails sukzessive an dieser Stelle zu ergänzen.	Zustimmung.	Zustimmung.

SPD-Fraktion

1.	In der anstehenden Diskussion über die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans auch Schaffung von Wohnraum im Blick haben.	Zustimmung. Beratung und Entscheidung über konkrete Flächen im Zusammenhang mit aktuellem oder neuem Flächennutzungsplan.	Zustimmung.
2.	Die Attraktivität einer Gemeinde und der finanzielle Spielraum, Schutzmaßnahmen umzusetzen, werden auch zukünftig davon abhängen, ob zum Beispiel Gewerbetreibenden eine wirtschaftliche Perspektive und die hierfür notwendige Zahl an Fachkräften geboten werden kann. Eine gänzliche Ablehnung von neuer Wohn- und Gewerbebebauung scheint deshalb kein zukunftsfähiger Ansatz zu sein.	Zustimmung. Beratung und Entscheidung über konkrete Flächen im Zusammenhang mit aktuellem oder neuem Flächennutzungsplan.	Zustimmung.